

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 4. Dezember 2023
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

Petition «Service public am Limit. Teuerungsausgleich jetzt!» / Staatskanzlei

Für die Staatspolitische Kommission (SPK) spricht Kommissionspräsident Peter Fässler.

Peter Fässler: Die Petition «Service public am Limit. Teuerungsausgleich jetzt!» wurde am 16. Oktober 2023 bei der Staatskanzlei eingereicht und der SPK zugewiesen. Eingereicht hat diese Petition mit über 5000 Unterschriften ein Komitee aus 14 Arbeitnehmerorganisationen unter der Leitung des Verbandes des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) Luzern. Diese an den Luzerner Kantonsrat und den Regierungsrat gerichtete Petition fordert Folgendes: 3,6 Prozent Teuerungsausgleich per 2024 und zusätzlich branchenspezifische Lohnanpassungen für das Personal des Service public. Auch künftig soll mindestens die Teuerung mittels Lohnanstieg ausgeglichen werden. Begründet wurden diese Forderungen unter anderem damit, dass die Lohnentwicklung des Kantons in den letzten zehn Jahren sehr schlecht ausgefallen sei, auch im Vergleich mit anderen Kantonen, dies speziell im Hinblick auf eine Jahresteuern von 2,3 Prozent, was dahinführe, dass die Löhne zum dritten Mal in Folge seit 2020 sinken würden. Dazu kämen massive Aufschläge bei den Krankenkassenprämien sowie den Mietzinsen. Weiter führen die Petitionäre an, dass der Lohn ein Teil der Wertschätzung sei und der Kanton Luzern bei der Lohnentwicklung als Schlusslicht gesehen werde. Am 8. November 2023 beriet die SPK anlässlich ihrer Kommissionssitzung über diese Petition. Zur Anhörung war eine Vertretung der Petitionäre eingeladen, diese war aber infolge Krankheit verhindert. Dies wurde von der Kommission sehr bedauert. Ebenfalls eingeladen wurde der Leiter der Dienststelle Personal, Roland Haas. Dieser erläuterte anhand einer Präsentation die Lohnstrategie des Regierungsrates. Anhand einer Grafik, die im Bericht an den Kantonsrat eingefügt ist, legte Roland Haas der Kommission dar, dass die Lohnentwicklung in den letzten zwölf Jahren mit einer Ausnahme über der jährlichen Teuerung gelegen habe. Die Kaufkraft hätte somit grundsätzlich erhalten werden können. Er erwähnte auch die attraktiven Nebenleistungen des Kantons. Roland Haas wies aber auch darauf hin, dass es dem Regierungsrat bewusst sei, dass die Löhne der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung in verschiedenen Teilbereichen nicht mehr marktfähig seien und die Rekrutierung von Führungs- und Fachpersonen auch aufgrund der Löhne anspruchsvoller werde. Im Hinblick auf den nächsten Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2025–2028 werde die Regierung deshalb verschiedene Szenarien für marktfähige Löhne prüfen. Die Saläre der Lehrpersonen würden in einem separaten Prozess geprüft. Anschliessend wurde anhand dieser Informationen über die Petition beraten. Grundsätzlich stellte die Kommission fest, dass das Komitee aus Sicht der Kommission den optimalen Zeitpunkt für die Einreichung seiner Petition verpasst hat, da der Budgetprozess für das Jahr

2024 bereits abgeschlossen ist. Die inhaltlichen Anliegen der Petition wurden aber im Rahmen der Beratung des AFP 2024–2027 sowie der Revision des Lohnsystems der Verwaltung von Mitgliedern des Kantonsrates eingebracht und diskutiert. Der Kantonsrat hat damals die Umsetzung dieser Anliegen abgelehnt oder als erfüllt betrachtet. Der Kommission ist es wichtig, dass der Kantonsrat seine Verantwortung gegenüber den Mitarbeitenden der Verwaltung wahrnimmt. Im Kontext zu den obigen Ausführungen sieht die SPK aber aufgrund der Petition derzeit keinen zusätzlichen Handlungsbedarf. Die Petition wurde von der Kommission einstimmig zur Kenntnis genommen. Der Bericht des Kommissionendienstes zuhanden des Kantonsrates liegt vor. Auf Fraktionsprechende wird verzichtet. Ich bitte Sie, die Petition zur Kenntnis zu nehmen.

Maria Pilotto: Die Diskussion um die Teuerung wurde gerade in diesen Tagen mit der Erhöhung des Referenzzinssatzes wieder frisch entfacht. Einmal mehr kommen auf die Menschen, auch hier im Kanton Luzern, höhere Mietkosten zu, dies zusätzlich zu höheren Krankenkassenprämien, teureren Produkten, höheren Preisen usw. Damit sich die Leute das Leben auch weiterhin leisten und die Wirtschaft am Laufen halten und Steuern bezahlen können, brauchen sie entsprechend höhere Löhne. Dies ist wirtschaftspolitisch breit anerkannt und betrifft auch die Mitarbeitenden des Kantons. Dass der Lohn die Menschen im Service public bewegt, zeigt die vorliegende Petition. Ich zitiere: «Wir fordern 5,6 Prozent Teuerungsausgleich per 2024 [...]. Auch künftig soll mindestens die Teuerung mittels Lohnanstieg ausgeglichen werden.» Dies forderten 5000 Menschen mit ihrer Unterschrift, und 14 Verbände standen dafür ein, darunter der VPOD, die Luzerner Lehrerinnen und Lehrer, der Verband der Mittelschullehrpersonen, der Verband der Berufsschullehrpersonen, die Lehrpersonen der kaufmännischen Ausbildung, die Dozierenden der Hochschule Luzern, der Berufsverband der Pflegefachfrauen und -männer, der Verband der Assistenz- und Oberärzte, die Physiotherapeutinnen und -therapeuten, die Fachpersonen der sozialen Arbeit und viele andere mehr. Unser Rat ist die Instanz, welche die Rahmenbedingungen für die Löhne im Service public festlegt. Mit dem Voranschlag haben wir zwar eine budgetrelevante Teuerung von 2,5 Prozent bewilligt, aber damit ist die aufgelaufene und aktuelle Teuerung nicht kompensiert. Wir nehmen für viele Mitarbeitende einen Reallohnverlust in Kauf. Für den Ausgleich der Teuerung ist vor allem der generelle Anteil der Lohnerhöhung relevant, und dieser ist somit nochmals kleiner als 2,5 Prozent. Hinzu kommt, dass unser Lohnsystem in mehreren Branchen kaum mehr konkurrenzfähig ist, beispielsweise bei den Lehrpersonen oder den Gerichtsschreiberinnen und -schreibern. Wenn dies Branchen mit Fachkräftemangel betrifft, werden wir aktuell und künftig kaum mehr Personal finden. All die unterzeichnenden Personen und Verbände geben uns jetzt ein Zeichen, dass es punkto Lohnpolitik mehr braucht als eine stille Kenntnisnahme des Bestehenden und ein moderates Entgegenkommen. Wir sollten deshalb mit dieser Petition die Gelegenheit ergreifen, hinzuhören und öffentlich Stellung zu beziehen, so beispielsweise mit einer transparenten Diskussion bei der Beratung des Voranschlags oder des AFP. Die Petition war zu diesem Zeitpunkt bereits eingereicht worden. Das ist auch eine Gelegenheit, um die Zusammenhänge zu erklären. Ich hoffe, dass der Dialog auch zu besseren Lohnbedingungen führt. Wenn wir den Dialog mit den Personen und den Verbänden verpassen, dann werden uns schlussendlich auch die Fachkräfte fehlen.

Samuel Zbinden: Über 5000 Personen und 14 verschiedene Verbände, welche die Angestellten des Service public vertreten, haben sich diesen Oktober mit der vorliegenden Petition an unseren Rat gerichtet. Die Forderung war klar: Die saftige Teuerung der letzten beiden Jahre soll mit mindestens 3,6 Prozent angemessen ausgeglichen werden. Diese Forderung haben wir leider nicht erfüllt, der entsprechende Antrag wurde in der

Budgetdebatte abgelehnt. Das Budget ist gesprochen. Das ändert aber nichts am inhaltlichen Anliegen des Personals, den Kaufkraftverlust auszugleichen. Als Gegenargument kann man auf die Lohntabelle der letzten zehn Jahre verweisen und stolz darauf sein, dass die Reallohnentwicklungen häufig positiv waren. Das funktioniert aber nur, wenn man den individuellen Lohnanstieg mit einberechnet, also das, was nichts mit der Teuerung zu tun hat, sondern die individuelle Entwicklung der Löhne, die Möglichkeit, sich weiterzuentwickeln, oder für mehr Erfahrung entlohnt zu werden. Interessant wäre vielmehr ein Blick auf die generelle Lohnentwicklung, also wie die Teuerung abgegolten werden kann, oder ein Vergleich mit anderen Kantonen. Dann würde sich vielleicht zeigen, dass wir noch einiges aufzuholen haben. Die Grüne Fraktion wird sich auch weiterhin für die Anliegen des Personals, für faire Lohnentwicklungen und einen angemessenen Teuerungsausgleich einsetzen.

Daniel Rüttimann: Wie wir gehört haben, soll es keine stille Kenntnisnahme sein, deshalb äussern wir uns auch, obwohl auf Fraktionssprechende verzichtet werden sollte. Es ist legitim, eine Petition zu lancieren, sodass ein Anliegen oder eine Forderung politisch diskutiert, angestossen und geklärt werden kann. Dies ist mit der vorliegenden Petition geschehen. Der Zeitpunkt der Einreichung war etwas ungünstig, weil das eigentliche Ziel, die Diskussion im Rahmen des Budgetprozesses führen zu können, formal gar nicht mehr möglich war. Wie aus der Stellungnahme der SPK hervorgeht, sind die Anliegen letztlich trotzdem in die Budgetdebatte eingeflossen, weil einzelne Ratsmitglieder entsprechende Anträge gestellt haben. Das Anliegen wurde also politisch thematisiert, fand aber keine Mehrheit. Die SPK hat zur Beratung der Thematik beide Seiten eingeladen, um sich ein ganzheitliches Bild machen zu können. Der Austausch mit der Dienststelle Personal fand statt, mit dem Petitionskomitee leider nicht, obwohl immerhin 14 Verbände involviert waren. Es steht grundsätzlich jedem Ratsmitglied frei, sich zu Themen zu äussern. Grundsätzlich soll die Diskussion aber in den Kommissionen geführt werden, auch im Sinn der Effizienz. Die Mitte-Fraktion hält fest, dass sie sehr an guten Rahmenbedingungen für das Personal interessiert ist und diese Wichtigkeit absolut anerkennt. Es braucht aber immer auch eine Gesamtbetrachtung der Situation. Die Ausgangslage und die Möglichkeiten müssen geprüft werden. Die Regierung hat aufgezeigt, dass bei der Lohnentwicklung der Staatsangestellten Optimierungen nötig und auch geplant sind. Wir sind auf die nächsten Schritte gespannt. Die Mitte-Fraktion stützt den Bericht der Kommission einstimmig und damit auch die Kenntnisnahme der Petition.

Franz Räber: Ich kann mich dem Votum von Daniel Rüttimann anschliessen. Die FDP-Fraktion empfiehlt ebenfalls, die Petition zur Kenntnis zu nehmen. Die Mitarbeitenden des Kantons sind uns sehr wichtig. Wir finden auch die vorliegende Petition mit den zahlreichen Unterzeichneten wichtig. Seit 2012 ist die Lohnentwicklung des Kantons Luzern – ausser 2022 – über der jährlichen Teuerung gelegen. Deshalb konnte die Kaufkraft grundsätzlich erhalten bleiben. Der Kanton Luzern muss ein verlässlicher Partner sein und bleiben. Die Angestellten konnten deshalb in den vergangenen Jahren auch bei einer Minussteuerung der Wirtschaft trotzdem von einer Lohnentwicklung profitieren. In der Privatwirtschaft war dies nicht immer der Fall. Die Anpassung der Löhne für 2024 wurde von unserem Rat im AFP mehrheitsfähig beschlossen. Ich bin überzeugt, dass die Teuerung nächsten Oktober anlässlich der AFP-Beratung 2025–2028 auch wieder ein Thema sein wird.

Melanie Setz Isenegger: Für einen Teuerungsausgleich im Kanton Luzern wurden 5000 Unterschriften eingereicht. Das sind 5000 Unterschriften von den Menschen, die den Kanton am Laufen halten, die für Sicherheit sorgen, die ausbilden, pflegen oder diesen Saal am Abend reinigen. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, braucht es bessere Arbeitsbedingungen und nicht schlechtere. Dem Bericht der SPK ist zu entnehmen, dass der

Kanton Luzern noch immer nicht marktfähig ist. Das ist auch der Kommission und dem Regierungsrat bewusst. Aus diesem Grund sollen im Hinblick auf den AFP 2025–2028 Massnahmen ergriffen werden. Die Saläre der Lehrpersonen werden dabei separat geprüft. Ein automatischer Teuerungsausgleich sollte dabei selbstverständlich sein. Die Arbeitnehmendenverbände vertrauen darauf, dass sie bei diesen Prüfungen einbezogen und angehört werden und nicht nur häppchenweise Informationen erhalten. Die Petition war die letzte Möglichkeit, die Anliegen des Personals einzubringen. Dies nun seitens der Kommission als zu spät zu bezeichnen, ist bedauerlich. Ich bitte Sie dringend, im nächsten AFP die erforderlichen Mittel für das Personal einzustellen, wenn Sie die Mitarbeitenden des Kantons als so wichtig erachten, wie Sie es eben ausgeführt haben.

Der Rat stimmt dem Antrag der SPK, die Petition im Sinn ihres Berichtes zur Kenntnis zu nehmen, mit 90 zu 14 Stimmen zu.